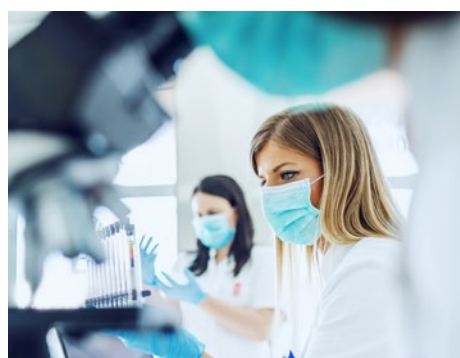


WAHLPRÜFSTEINE ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

ver.di

Für gute Arbeit in der Wissenschaft. Eine Orientierungshilfe der Gewerkschaft ver.di für Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen.



Unsere Anforderungen an die Weiterbildungspolitik der neuen Bundesregierung

Fast 2 Millionen Beschäftigte haben sich in ver.di zusammengeschlossen. Wir machen uns stark für gute Arbeitsbedingungen. Doch nicht selten stehen von der Politik verantwortete Rahmenbedingungen fairen und sicheren Arbeitsverhältnissen im Weg. So auch in Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Das muss sich ändern! Deshalb fordern wir von der nächsten Bundesregierung:

- ▶ **Bildung und Wissenschaft solide finanzieren:** Auch der Bund ist in der Verantwortung, für die wachsenden Aufgaben von Hochschulen und Forschungseinrichtungen eine ausreichende Finanzierung sicher zu stellen.
- ▶ **Bundesprogramm für Gute Arbeit:** Ähnlich, wie er es im Bereich der Lehre bereits passiert, erwarten wir vom Bund Impulse für gute Arbeit in Hochschule und Forschung bundesweit. Dabei muss es auch um Qualifizierungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für das wissenschaftsunterstützende Personal gehen.
- ▶ **Öffentliches Geld nur für faire Arbeitsbedingungen:** Wo der Bund als Mittelgeber selbst Einfluss auf die Gestaltung von Arbeitsbedingungen hat, muss er die Förderung an die Einhaltung von Mindeststandards koppeln.
- ▶ **Weg mit sachgrundlosen Befristungen:** Befristungen ohne Sachgrund muss die gesetzliche Grundlage entzogen werden.
- ▶ **Verbindliche Obergrenzen für befristete Beschäftigung:** Die ausufernde Praxis von Kurz- und Kettenbefristungen ist für die Beschäftigten unzumutbar und gefährdet die Stabilität der Wissenschaftseinrichtungen sowie die Leistungsfähigkeit der Wissenschaft selbst.
- ▶ **Verbindliche Mindestvertragslaufzeiten:** Insbesondere für Promovierende liegen die Vertragslaufzeiten in der Regel noch immer deutlich unterhalb einer angemessenen Dauer. Im Wissenschaftszeitvertragsgesetz müssen daher Untergrenzen festgelegt werden, die sich an realen Promotionszeiten orientieren.
- ▶ **Klare Berufsperspektiven für Postdocs:** Promovierte Wissenschaftler*innen sind hochqualifizierte Fachkräfte, die verlässliche Perspektiven auf eine Dauerbeschäftigung verdient haben – gegebenenfalls auch im Rahmen eigenständiger wissenschaftlicher Arbeit ohne Professur. Dafür muss der Bund die rechtlichen Voraussetzungen schaffen.
- ▶ **Streichung der Tarifsperre im Wissenschaftszeitvertragsgesetz:** Das Grundrecht, die eigenen Arbeitsbedingungen im Rahmen von Tarifverhandlungen zu verbessern, darf wissenschaftlichen Beschäftigten auch im Hinblick auf die Vertragslaufzeiten nicht länger verwehrt werden.
- ▶ **Hochschulsozialpakt:** Für ein Investitionsprogramm, mit dem die Studierendenwerke mehr bezahlbaren Wohnraum und Kitas sowie kostengünstige Mensen finanzieren können.
- ▶ **Umfassende BAföG-Reform:** Regelbedarf an die gestiegenen Lebenshaltungskosten anpassen und als Vollzuschuss auszahlen, Freibeträge anheben und damit deutlich mehr Studierende in die Förderung aufnehmen.

AUSGEWÄHLTE AUSSAGEN DER PARTEIEN:



– Wahlprogramm –

- ▶ »Zentral ist dabei unser Ziel, dass Wirtschaft und Staat bis 2025 **3,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung** aufwenden.« (Seite 84)
- ▶ »Wir unterstützen Kooperationen von Hochschulen mit kommunalen Einrichtungen bei der Kinderbetreuung, um mehr junge Menschen für eine wissenschaftliche Karriere zu gewinnen. (...) Wir setzen uns ein für familienfreundliche Anstellungsmodelle insbesondere in der **Postdoc-Phase**.« (Seite 79)
- ▶ »Internationalen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern wollen wir insbesondere nach der Promotion bessere **Karriere- und Bleibeperspektiven in Deutschland** bieten. Dazu müssen wir auch den Mut haben, bestehende Strukturen zu ändern und mehr Flexibilität zu ermöglichen als bisher.« (Seite 90)
- ▶ »Die **sachgrundlose Befristung** soll auch weiterhin in den Unternehmen die Ausnahme bleiben und darf für den Beschäftigten grundsätzlich zwei Jahre nicht überschreiten. Missbrauch werden wir verhindern.« (Seite 38)
- ▶ »Wir wollen das **BAföG flexibilisieren** und zu einem Instrument der individuellen Förderung des Lebensunterhalts von Bildung und Weiterbildung im Lebensverlauf weiterentwickeln. Wer nach dem Bachelor-Abschluss zunächst Berufserfahrungen sammelt und erst später einen Master erwirbt, soll nach einer elternunabhängigen Einkommens- und Vermögensprüfung künftig auch nach Vollendung des 35. Lebensjahres BAföG erhalten können. Dazu erweitern wir den Zweck des BAföG um eine zweite Berufsausbildung und ersetzen die bestehenden Altersgrenzen durch Höchstgrenzen. Die Rückzahlung des Darlehens sowie ein angemessener sozialer und wirtschaftlicher Nutzen für den Zuschussanteil müssen vor Renteneintritt gegeben sein.« (Seite 83)



– Wahlprogramm –

- ▶ »Wir wollen erreichen, dass bis 2025 Staat und Unternehmen insgesamt mindestens **3,5 Prozent der Wirtschaftsleistung in Forschung und Entwicklung** investieren. (...) Außerdem brauchen wir eine ausreichende Grundfinanzierung in der Wissenschaft, um die Abhängigkeit von den in den letzten Jahren stark gestiegenen Drittmitteln wieder einzudämmen.« (Seite 65)
- ▶ »Wir wollen das Wissenschaftszeitvertragsgesetz weiterentwickeln und den Anteil der unbefristeten Mitarbeiter*innen-Stellen, insbesondere im Mittelbau, substantiell erhöhen. **Daueraufgaben sollen auch mit Dauerstellen gesichert sein.** Hierzu gehören unbefristete Berufswege neben der Professur (...). Die Qualifizierung im Rahmen der Sachgrundbefristung wollen wir klar definieren und die familienpolitische Komponente verbindlich ausgestalten. Die **Tarifsperre soll entfallen.** Das Tenure-Track-Programm wollen wir weiterentwickeln, damit frühzeitig nach der Promotion sichere Berufswege entstehen. (...) Wir wollen den Stellenwert der Lehre erhöhen und dafür entfristete Stellen schaffen.« (Seite 66)
- ▶ Wir wollen »das **BAföG neu aufsetzen** und zu einer Grundsicherung für alle Studierenden und Auszubildenden umbauen. Sie soll in einem ersten Schritt aus einem **Garantiebetrug** und einem **Bedarfszuschuss** bestehen, der den Gesamtbetrag im Vergleich zum heutigen BAföG substantiell erhöht und dem Großteil des in Frage kommenden Personenkreises zugutekommt. Studierende oder Auszubildende bekommen den Betrag direkt überwiesen. Perspektivisch soll sie elternunabhängig gestaltet sein. Da nicht jeder Bildungsweg linear ist oder zum Teil berufsbegleitend verläuft, wollen wir die Bildungsfinanzierung noch stärker altersunabhängig konzipieren.« (Seite 63)



– Wahlprogramm –

- ▶ »Wir haben den Zielwert gesamtstaatlicher, also öffentlicher und privater Ausgaben für Forschung und Entwicklung, von drei Prozent des BIP bereits in den letzten Jahren übertroffen und wollen ihn weiter auf **mindestens 3,5 Prozent** steigern.« (Seite 21)
- ▶ »Gute Wissenschaft braucht gute Arbeitsbedingungen. Wir werden uns für verlässliche Karrierewege und weniger Befristungen in der Wissenschaft einsetzen. Wir wollen, dass **Promovierende für ihre tatsächliche Arbeitszeit bezahlt werden**, unabhängig vom Fach. Es muss gelten: 100 Prozent Gehalt für 100 Prozent Arbeit. Wir werden für eine deutlich bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sorgen, neue, **dauerhafte Beschäftigungsmöglichkeiten unterhalb der Professur** schaffen und den Tenure-Track ausweiten.« (Seite 21)
- ▶ »Die **Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne einen Sachgrund werden wir abschaffen** und die vom Gesetz akzeptierten Gründe für eine Befristung kritisch überprüfen.« (Seite 27)
- ▶ »Ohne **bezahlbare Wohnheimangebote** ist für viele Auszubildende und Studierende eine erfolgreiche Ausbildung nicht möglich. Wir werden sie ausbauen und zudem das Jugendwohnen im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe zukünftig für junge Menschen bis 27 Jahre ermöglichen sowie mehr Räume für Jugendarbeit schaffen.« (Seite 40)
- ▶ »Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (**BAföG**) soll in Zukunft wieder mehr junge Erwachsene erreichen. Dafür weiten wir die Förderansprüche aus und streben eine **schrittweise Rückkehr zum Vollzuschuss** an. Das neue Kindergeld ist eine **Basisabsicherung** für alle bis zum Alter von 25 Jahren. Es macht das BAföG elternunabhängiger. (...) Die Altersgrenzen im BAföG werden wir dazu in einem ersten Schritt aufheben.« (Seite 32)



– Wahlprogramm –

- ▶ »Alle **Förderprogramme des Bundes** für die Verbesserung der Hochschullehre wie auch zur Forschungsfinanzierung sollen den Hochschulen grundsätzlich unabhängig ihrer Trägerschaft offenstehen.« (Seite 21)
- ▶ »Wir möchten **bessere Rahmenbedingungen an Hochschulen für Wissenschaftskarrieren** schaffen. Dabei ist uns auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Anliegen – zum Beispiel durch eine bessere Kinderbetreuung an Hochschulen und die Möglichkeit für Väter und Mütter, ihre Lehrverpflichtungen beziehungsweise Forschungszeiten selbstbestimmter festzulegen.« (Seite 22)
- ▶ »Wir Freie Demokraten wollen ein elternunabhängiges **Baukasten-BAföG** einführen. Die freie Wahl des Studiums darf nicht länger von der Unterstützung der Eltern abhängen. Studierende sollen analog zum bisherigen Kindergeld beziehungsweise Kinderfreibetrag der Eltern einen monatlichen **Sockelbetrag** von 200 Euro erhalten. Weitere 200 Euro sollen bei ehrenamtlichem Engagement oder Nebentätigkeiten als Zuschuss gewährt werden. Darüber hinaus soll ein monatlich anpassbares, zinsfreies und erst bei gutem Einkommen **rückzahlbares Darlehen** die notwendige finanzielle Flexibilität sichern. Die Förderhöchst-dauer soll künftig die Regelstudienzeit plus zwei Semester umfassen. Studienfachwechsel sollen keinen Einfluss auf die Gesamtförderdauer haben. Höchstaltersgrenzen werden aufgehoben und Zuverdienstgrenzen werden angehoben.« (Seite 21)



– Wahlprogramm –

- ▶ »Der Bund muss dauerhaft **Mitverantwortung für die Grundfinanzierung** der öffentlichen Hochschulen übernehmen.« (Seite 54)
- ▶ »Prekäre Arbeit, Lehre zu Dumpingvergütung und die Ausbeutung von Lehrbeauftragten und nichtwissenschaftlichen Beschäftigten lehnen wir ab. Die **Honorare für Lehraufträge** wollen wir **erhöhen**, sie müssen auch die Vor- und Nachbereitung abdecken. Zentrale Lehraufgaben müssen auf festen, **unbefristeten Stellen** geleistet werden. (...) **Das Sonderbefristungsrecht für wissenschaftliches Personal unterhalb der Professur wollen wir abschaffen.** (...) Wir wollen mehr feste Stellen neben der Professur schaffen. Qualifikationsstellen von **Doktorand*innen müssen mit 100 Prozent vergütet** werden. Wir brauchen einen flächendeckenden Tarifvertrag für studentische Beschäftigte. (...) Auch in der Hochschulverwaltung gilt für uns: Dauerstellen für Daueraufgaben.« (Seite 53/54)
- ▶ »**Sachgrundlose Befristungen müssen im Teilzeit- und Befristungsgesetz ersatzlos gestrichen werden** und zulässige Sachgründe eng begrenzt werden.« (Seite 17)
- ▶ »DIE LINKE fordert einen **Hochschulsozialpakt**: Geld für mehr bezahlbare Plätze in Wohnheimen, Mensen und Hilfe für Studierendenwerke.« (Seite 54)
- ▶ »Wir setzen uns für ein **rückzahlungsfreies, elternunabhängiges und bedarfsgerechtes BAföG** ein (...) Der BAföG-Fördersatz muss regelmäßig und automatisch an die tatsächlichen und steigenden Lebenshaltungs- und Wohnkosten angepasst werden. Wir wollen die Altersgrenzen beim BAföG abschaffen und die Bezugsdauer an die reale durchschnittliche Studiendauer anpassen. (...) Menschen mit Duldung, Aufenthaltsgestattung und mit humanitären Aufenthaltstiteln müssen mit Aufnahme des Studiums oder der Ausbildung Zugang zur Ausbildungsförderung haben.« (Seite 52/53)

ver.di hat eine klare Haltung zur AfD

Wir nehmen in der Synopse der Wahlprogramme auch das Wahlprogramm der Alternative für Deutschland (AfD) unter die Lupe. Dazu stellen wir klar: Die AfD ist zwar auf demokratischem Wege in den letzten Jahren in Parlamente gewählt worden, sie ist aber nach Auffassung von ver.di keine demokratische Partei, da sie in grundlegenden Fragen von demokratischen Werten abweicht und eine Politik der Ausgrenzung betreibt, die der Demokratie schadet. Sie ist daher nicht vergleichbar mit anderen Parteien, die bei bestimmten Themen zwar andere Positionen oder Meinungen als wir vertreten, sich aber zugleich klar zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur parlamentarischen Demokratie bekennen.

Zu der Auffassung, dass es sich bei der AfD nicht um eine demokratische Partei handelt, sind wir schon lange vor Einstufungen der AfD als rechtsextremistischen Verdachtsfall durch Landesämter oder das Bundesamt für Verfassungsschutz gelangt. Auf dem 5. ver.di-Bundeskongress im September 2019 haben rund 1.000 Delegierte die gewerkschaftlichen Grundwerte von Solidarität und Respekt gegenüber allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Alter und Hautfarbe – und das Ziel, gemeinsam für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller zu kämpfen, bekräftigt.

Entsprechend unserer Beschlüsse werden wir AfD-Vertreter*innen nicht zu den Aktivitäten einladen, die wir beispielsweise unter dem Motto »ver.di wählt« entfalten und setzen vielmehr darauf, dass unsere Mitglieder den Widerspruch in den AfD-Positionen und den gewerkschaftlichen Vorstellungen von Solidarität und Mitbestimmung erkennen und daraus ihre Schlüsse ziehen. In einem Atemzug mit den demokratischen Parteien nennen wir die AfD nicht, um nicht zu einer Normalisierung ihrer Positionen beizutragen.

Nur wenige Punkte haben wir in ihrem Wahlprogramm entdeckt, die unsere Forderungen für Wissenschaft und Forschung betreffen:

- ▶ »Wir wollen eine **höhere Grundfinanzierung der Hochschulen** einführen, um deren Abhängigkeit von Drittmitteln zu verringern.« (Seite 154)
- ▶ »**BAföG-Empfängern** soll bei einer Geburt während der Ausbildung bzw. während des Studiums die Rückzahlung bei erfolgreichem Abschluss erlassen werden« (...) Wir wollen die »Zuwanderung von EU-Ausländern in unsere Sozialsysteme begrenzen.« (Seite 108, 118)

BUNDESTAGSWAHL 2021



ver.di wählt: Darum geht's

ver.di setzt sich für eine freie, gleiche und solidarische Gesellschaft ein – eine Gesellschaft, in der die Menschen gleich welcher Herkunft sozial, wirtschaftlich und politisch teilhaben können.

Es darf nach der Corona-Pandemie weder ein Zurück zur alten Normalität eines ökologisch und sozial blinden Wirtschaftssystems geben, noch dürfen notwendige Investitionen und Ausgaben in Infrastruktur, Personal oder Sozialpolitik aufgrund der höheren Verschuldung des Staates ausbleiben. Wir wollen eine Politik, die soziale Ungleichheit, die Spaltung des Arbeitsmarktes und den fortschreitenden Raubbau an der Natur überwindet. Der digitale Fortschritt muss für eine Humanisierung der Arbeitswelt genutzt werden. Unsere Demokratie muss gegen Feinde der Demokratie, insbesondere gegen Rechtsextremisten verteidigt werden. In einer von nationalen Egoismen, Krisen und Konflikten geprägten Welt sind Solidarität, ein soziales Europa und eine aktive Friedenspolitik unabdingbar.

ver.di-Positionen zur Bundestagswahl:

➔ verdi-waehlt.verdi.de



WÄHLEN GEHEN!



Am **26. September** ist **Bundestagswahl**.
Bildung, Wissenschaft und Forschung – es
muss sich dringend etwas ändern.
Darum gehe ich wählen!

[MITGLIEDWERDEN.VERDI.DE](https://mitgliedwerden.verdi.de)

Bildung, Wissenschaft
und Forschung

ver.di